



Niederschrift

Finanzausschuss

19. Wahlperiode - 85. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 20. August 2020, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Stefan Weber (SPD) Vorsitzender
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)
Tobias Koch (CDU)
Volker Nielsen (CDU)
Ole-Christopher Plambeck (CDU)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Beate Raudies (SPD)
Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Annabell Krämer (FDP)
Jörg Nobis (AfD)
Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Grundstücksangelegenheit ISIT	5
	Umdruck 19/3833	
2.	Förderung des Landesverbandes der Sinti und Roma	7
	Vertrauliche Vorlage des Bildungsministeriums vertraulicher Umdruck 19/4421	
3.	Bericht des Finanzministeriums zum Raumbedarf der Staatskanzlei und zu aktuellen Plänen, neue Räumlichkeiten zur Unterbringung der Staatskanzlei zu finden beziehungsweise zu schaffen	8
	Berichts Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/4354	
	Bericht der Finanzministerin Umdruck 19/4345	
4.	Wirtschaftsführung der Landwirtschaftskammer	11
	Umdruck 19/3560 und vertraulicher Umdruck 19/3613	
5.	Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Besoldungsstruktur und zur Einführung des Altersgeldes nach versorgungsrechtlichen Vorschriften	12
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/2043	
	Änderungsantrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/3923	
	Änderungsvorschlag des Finanzministeriums Umdruck 19/4367	
	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Umdruck 19/4427	
6.	Entwurf eines aktualisierten Terminplans des Finanzausschusses für das Jahr 2020	13
	Umdruck 19/4432	
7.	Information/Kennntnisnahme	14
	Umdruck 19/4401 - Stundung von Steuern vertraulicher Umdruck 19/4314 - Marschbahnwagen	

8. Verschiedenes

15

Der Vorsitzende, Abg. Weber, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, [Umdruck 19/4421](#) (Förderung des Landesverbandes der Sinti und Roma) im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten.

1. Grundstücksangelegenheit ISIT

[Umdruck 19/3833](#)

Wissenschaftsstaatssekretär Dr. Grundei führt in [Umdruck 19/3833](#) ein. Man gehe noch davon aus, dass Schleswig-Holstein mit dem ISIT im nationalen Batterieforschungsnetzwerk eine Rolle spielen werde. Daher bitte er darum, über den Verkauf des in Rede stehenden Grundstücks erst zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden. - Abg. Herdejürgen und Petersdotter stimmen dem zu.

Herr Albrecht, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, hält an der Forderung fest, dass die Fraunhofer-Gesellschaft die seinerzeit gewährte Zuwendung von rund 900.000 € zurückzahle, weil die Grundstücke nicht zweckentsprechend verwendet worden seien.

Staatssekretär Dr. Grundei wirbt noch einmal dafür, die Ergebnisse des Wettbewerbs abzuwarten und die Entscheidung über einen Verkauf von Flächen so lange zurückzustellen.

Herr Dr. Müller-Groeling, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Siliziumtechnologie, weist darauf hin, dass das ISIT im Nachgang der Forschungsfertigung der Batteriezelle sechs Forschungsprojekte gewonnen habe und eine Förderung von 3 Millionen € erhalte. Für eine nachhaltige Aufstellung des ISIT sei es unverzichtbar zu wachsen. Daher habe der Fraunhofer-Vorstand ihm anlässlich seiner Berufung weitere Mittel in Höhe von 3 Millionen € zur Verfügung gestellt, um neue Gruppen aufzubauen. Vor diesem Hintergrund sei es für die Zukunft des ISIT unbedingt notwendig, in gewissem Umfang eine Wachstumsoption auch grundstücksmäßig zu behalten. Das ISIT liege zwar nicht in unmittelbarer Nähe zu einer Universität oder einschlägiger Industrie, aber es verfüge über Land und könne räumlich wachsen. Diesen Wettbewerbsvorteil sollte man nicht ohne Not aufgeben.

Der Finanzausschuss nimmt [Umdruck 19/3833](#) zur Kenntnis und bittet die Landesregierung, ihn auf dem Laufenden zu halten.

(Unterbrechung des öffentlichen Teils: 10:25 bis 11:10 Uhr)

2. Förderung des Landesverbandes der Sinti und Roma

Vertrauliche Vorlage des Bildungsministeriums
vertraulicher [Umdruck 19/4421](#)

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 GeschO in vertraulicher Sitzung beraten.

3. Bericht des Finanzministeriums zum Raumbedarf der Staatskanzlei und zu aktuellen Plänen, neue Räumlichkeiten zur Unterbringung der Staatskanzlei zu finden beziehungsweise zu schaffen

Berichtsantrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 19/4354](#)

Bericht der Finanzministerin
[Umdruck 19/4345](#)

(Fortsetzung der Beratung vom 13. August 2020)

Herr Schrödter, Chef der Staatskanzlei, trägt vor, die Landesregierung sei der Auffassung, dass allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter moderne Räumlichkeiten zur Verfügung stehen sollten und sie mit entsprechenden Arbeitsplätzen ausgestattet werden sollten. Die Beschäftigten der unterschiedlichen Bereiche sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Im Moment arbeiteten die Beschäftigten des ZIT im Niemansweg. Eine gute räumliche Unterbringung sei auch ein Wettbewerbsvorteil um die besten Köpfe.

Das Finanzministerium habe den Sachverhalt mit [Umdruck 19/4345](#) und in der letzten Ausschusssitzung umfassend erläutert. Eine isolierte Betrachtung der Raumsituation und die Betrachtung der Bedarfe der Staatskanzlei griffen zu kurz, vielmehr sei es angezeigt, eine Gesamtbetrachtung aller Liegenschaften und Bedarfe, insbesondere der am Campus untergebrachten Ressorts, anzustellen. Nur eine Gesamtbetrachtung könne eine wirtschaftliche Lösung für die Gesamtunterbringung der Beschäftigten herbeiführen.

Es gebe ein gemeinsames, abgestimmtes Raumbedarfsanerkennungsverfahren, das seit vielen Jahren praktiziert werde. Das letzte Raumbedarfsanerkennungsverfahren habe dazu geführt, dass die Raumbedarfe der Staatskanzlei für die zur Verfügung stehenden Bauteile 1, 2 und 3 vollständig zuerteilt worden seien. Das habe man bei der letzten Neuressortierung im Sommer 2017 nicht getan; man habe sechs Büros an das MILIG überantwortet, um die Arbeitseinheit der Landesplanung nicht auseinanderzureißen. Auf dem Campus seien einige Bereiche dazugekommen, beim MILIG zum Beispiel der Bereich Ländliche Räume, in der Staatskanzlei der Bereich UN-Behindertenrechtskonvention.

In den letzten Jahren habe der Umfang an Teilzeitarbeit erheblich zugenommen, was zu zusätzlichen Arbeitsplatzbedarfen führe. Seit August 2017 habe man durch das Zusammenziehen der Anwärter, Referendare und Praktikanten zusätzlich 15 feste Arbeitsplätze eingerichtet. Besondere Raumbedarfe ergäben sich auch aus der besonderen Situation der Staatskanzlei als zuständige Einheit für das ressortübergreifende Organisations- und Personalwesen. Das Coachingkonzept löse einen zusätzlichen Raumbedarf aus; Gleiches gelte für die psychosoziale Beratung.

Man müsse die Unterbringungssituation auf dem gesamten Campus betrachten und neue Aspekte berücksichtigen. Man brauche unter Coronabedingungen größere Tagungsräume. Einen entlastenden Effekt könnte das Thema Homeoffice bringen.

Ziel sei selbstverständlich, die wirtschaftlichsten Lösungen zu realisieren. Deshalb stelle man eine Gesamtbetrachtung an und entscheide dann, welche Dienststellen welche Räumlichkeiten nutzen.

Abg. Raudies fragt, was der akute Auslöser für die Begehung im März 2020 gewesen sei und ob sich die Staatskanzlei außer dem Niemanssweg andere Räumlichkeiten angeguckt habe.

Staatssekretär Schrödter äußert, weil die in den Niemanssweg ausgelagerte Abteilung 4 der Staatskanzlei positive Nutzungserfahrungen gemacht habe und alle am Campus ansässigen Ressorts einen gewissen Raumdruck verspürten, liege es nahe, sich die Räumlichkeiten vor Ort anzugucken, um zu einer guten Lösung für alle zu kommen. Finanzstaatssekretärin Dr. Schneider und er hätten sich deshalb die Liegenschaft Niemanssweg 220 im Frühjahr 2020 angeschaut.

Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer fragt, was dazu geführt habe, dass der Auftrag an die GMSH gestoppt worden sei und was mit der Liegenschaft in Zukunft geplant sei.

Staatssekretär Schrödter äußert, er halte viel davon, die miteinander besprochenen Verfahren einzuhalten. Man werde sich die Ergebnisse des Verfahrens angucken und dann entscheiden, wie man weiter vorgehe. Auf eine Frage von Abg. Raudies bekräftigt er, dass die Liegenschaft für eine Behördenunterbringung genutzt werden solle. Welche Behörde es konkret sein werde,

werde man nach der Gesamtbetrachtung zu gegebener Zeit entscheiden. Er bitte darum, den in der letzten Woche beschriebenen Prozess abzuwarten.

Präsidentin Dr. Schäfer geht davon aus, dass die Sanierungskosten des denkmalgeschützten Gebäudes erheblich seien. Umso wichtiger sei es, vor Beginn von Neuplanung und Umbau festzulegen, welche Behörden das Gebäude nutzen.

Staatssekretär Schrödter betont noch einmal das Ziel, der 2016 erworbenen Liegenschaft eine Perspektive zu geben und die Landesbehörden so wirtschaftlich wie möglich unterzubringen, und sagt zu, den Finanzausschuss auf dem Laufenden zu halten.

(Unterbrechung des öffentlichen Teils: 11:30 bis 12:00 Uhr)

4. Wirtschaftsführung der Landwirtschaftskammer

[Umdruck 19/3560](#) und vertraulicher [Umdruck 19/3613](#)

Dieser Tagesordnungspunkt wird in Bezug auf den vertraulichen [Umdruck 19/3613](#) (Umgang mit Gewinnen beziehungsweise Verlusten der DEULA) gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 GeschO in vertraulicher Sitzung beraten.

Zu [Umdruck 19/3560](#) (Entscheidungen des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts über die Versagung der Genehmigung der Wirtschaftspläne 2018 beziehungsweise 2019 der Landwirtschaftskammer) tagt der Ausschuss öffentlich.

Landwirtschaftsstaatssekretärin Dr. Kuhnt führt in [Umdruck 19/3560](#) ein. Das Landwirtschaftsministerium habe den von der Landwirtschaftskammer neu vorgelegten Wirtschaftsplan 2020 am 3. Juni 2020 genehmigt. Der Wirtschaftsplan sei ausgeglichen, weil es ein einmaliges Grundstückverkehrsgeschäft gegeben habe, und weise einen Überschuss von 143.000 € aus. Man sei mit der Kammer im Gespräch, wie es gelingen könne, das strukturelle Defizit abzubauen und zukünftig ausgeglichene Wirtschaftspläne vorzulegen. Man hoffe, in zwei Monaten ein Gesamtpaket vorzulegen, und werde dann auf die Ausschüsse zukommen.

Abg. Raudies bittet darum, dem Finanzausschuss den Bericht zur Umsetzung der Zielvereinbarung mit der Landwirtschaftskammer für das Jahr 2019 vorzulegen.

Der Finanzausschuss nimmt [Umdruck 19/3560](#) zur Kenntnis.

5. Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Besoldungsstruktur und zur Einführung des Altersgeldes nach versorgungsrechtlichen Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/2043](#)

(überwiesen am 18. März 2020)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 19/3923](#)

Änderungsvorschlag des Finanzministeriums
[Umdruck 19/4367](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Umdruck 19/4427](#)

hierzu: [Umdrucke 19/3923](#), [19/4000](#), [19/4065](#), [19/4075](#), [19/4090](#),
[19/4095](#), [19/4096](#), [19/4104](#), [19/4106](#), [19/4107](#),
[19/4120](#), [19/4121](#), [19/4122](#), [19/4123](#), [19/4212](#)

Einstimmig werden der Änderungsvorschlag des Finanzministeriums, [Umdruck 19/4367](#), und der Änderungsantrag der Koalition, [Umdruck 19/4427](#), angenommen; damit hat sich der SPD-Änderungsantrag, [Umdruck 19/3923](#) erledigt.

Bei Enthaltung der SPD mit den Stimmen aller anderen Ausschussmitglieder empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf, [Drucksache 19/2043](#), mit den beschlossenen Änderungen anzunehmen.

6. Entwurf eines aktualisierten Terminplans des Finanzausschusses für das Jahr 2020

[Umdruck 19/4432](#)

Einstimmig beschließt der Finanzausschuss die Sitzungstermine für den Rest des Jahres 2020 einschließlich der Termine für die Haushaltsberatungen.

7. Information/Kennntnisnahme

[Umdruck 19/4401](#) - Stundung von Steuern
vertraulicher [Umdruck 19/4314](#) - Marschbahnwagen

Abg. Raudies hält die Antworten in [Umdruck 19/4401](#) (Stundung von Steuern) für unbefriedigend und möchte wissen, wie viele Stundungsanträge bis zum 31. August 2020 bei der Finanzverwaltung eingingen. - Finanzstaatssekretärin Dr. Torp sagt eine schriftliche Antwort zu.

Auf Fragen von Abg. Herdejürgen zu [Umdruck 19/4314](#) (Marschbahnwagen) antwortet Herr Schulze von NAH.SH, die Verträge zwischen Land und Paribus seien so angelegt, dass letztendlich das Land das Verfügungs- und Bestimmungsrecht über die Fahrzeuge habe und die Fahrzeuge nutze. Im Vertrag habe man festgelegt, dass die Refresh-Kosten vom Land getragen würden, und entsprechend habe Paribus kalkuliert. Dadurch dass die „HU-Zusatzaufgaben“ nun gemeinsam mit dem Refresh durchgeführt würden, verringere man das Risiko, dass während der Einsatzdauer der Fahrzeuge bis zum Jahr 2034 (Korrosions-)Schäden einträten, die mit deutlich höheren Folgekosten verbunden wären.

Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer bedauert, dass der Vertrag mit der DB nicht hinreichend klar sei und es zu Nachforderungen zulasten des Landes komme.

Herr Schulze räumt ein, dass die zusätzlichen Kosten ärgerlich seien. Die Verkehrsverträge seien äußerst komplex, und es sei Aufgabe von NAH.SH, wirtschaftliche Risiken so gering wie möglich zu halten.

Der Finanzausschuss nimmt beide Umdrucke zur Kenntnis.

8. Verschiedenes

Die nächste Sitzung des Finanzausschusses findet am 3. September 2020 statt.

Der Finanzausschuss beschließt, die Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs ([Drucksache 19/2119](#)) am 30. September 2020 als gemeinsame Sitzung durchzuführen.

Der Vorsitzende, Abg. Weber, schließt die Sitzung um 12:30 Uhr.

gez. Stefan Weber
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer